



AUTORIN



Dr. Christina Boll
Senior Researcher im HWWI
Tel: 040 - 34 05 76 - 668

BILDUNGSPOLITIK

Gescheiterte Schulreform – wen kümmert's? Deutschlands Bildungsübel liegt woanders

Die Schulreform des Hamburger Senats ist gescheitert. Gestern haben die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt per Volksentscheid beschlossen, dass Hamburgs Kinder weiterhin nur vier statt sechs Jahre lang die Grundschule besuchen, bevor sie auf die weiterführende Schule wechseln. Dies ist mitnichten eine Bildungskatastrophe für Hamburg. Die Hypothese, dass Kinder aus sozial benachteiligten Schichten bei einer Verlängerung der Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre höhere Bildungschancen haben, ist empirisch nicht belegt.

Das Ziel, mehr Gleichheit bei den Bildungschancen zu schaffen, ist Schulsenatorin Christa Goetsch eine Herzensangelegenheit – zu Recht. Im Jahr 2009 haben Hamburgs Allgemeinbildende Schulen 7,8 % der Schulabgänger ohne Abschluss entlassen.¹ Zwar wurden in den letzten Jahren hier bereits deutliche Fortschritte erzielt. Dennoch: In unserer heutigen Arbeitsgesellschaft, in der Lebenschancen und persönliche Identität wie nie zuvor vom Bildungsniveau bestimmt werden, kommt der Erstausbildung eine zentrale Rolle zu. Daher ist das vitale Interesse der in der Initiative „Wir wollen lernen“ zusammengeschlossenen Eltern, sich jeglicher Zementierung von Chancen zu erwehren, verständlich, und daher muss gelten: Jeder Jugendliche ohne Schulabschluss ist einer zu viel.

Besonders schwer in punkto Bildungserfolg tun sich in Hamburg – und dies ist der eigentlich eklatante Missstand – Migran-

tenkinder und Kinder mit bildungsfernen Elternhäusern. Wie der Bildungsforscher Wilfried Bos im Zusammenhang mit der Durchführung des Grundschul-Lesetests „IGLU“ herausfand, ist der Einfluss des Eltern-Status auf den Bildungserfolg der Kinder nirgendwo so groß wie in Berlin, Rumänien und Hamburg.² Für die Bundesebene ist darüber hinaus belegt, dass sich die soziale Selektivität leider im weiteren Lebenslauf fortsetzt: Auch der Übergang in die Hochschule wird stark durch das Bildungsniveau des Elternhauses bestimmt. So hatten Studienberechtigte im Jahr 2008, von denen mindestens ein Elternteil über einen Universitätsabschluss verfügt, eine um ein Drittel höhere Studierwahrscheinlichkeit als Personen, deren Eltern ohne beruflichen Abschluss sind oder „nur“ mit einer Lehre aufwarten können.³

Die Schulwahl-Entscheidung nach Klasse vier wurde in Hamburg bisher – und wird, dies steht seit gestern fest, auch weiterhin – von den Eltern getroffen. Dabei zeigen Studien, dass die soziale Selektivität abnimmt, wenn die Entscheidung in den Händen der Lehrerschaft liegt, wie es beispielsweise in Bayern geregelt ist.

Eine Putzfrau, deren eigene Schullaufbahn mit dem Hauptschulabschluss endete, schreckt eben davor zurück, ihr begabtes Kind auf dem Gymnasium anzumelden. Und wer könnte es ihr verdenken? Sie trifft eine realistische Entscheidung! Sie weiß: Um ein auskömmliches Einkommen zu erzielen, ist sie in jenen Stunden des Ta-

ges abwesend, in denen ihr Kind Hilfe bräuchte, um den so genannten familialen Bildungsaufstieg zu schaffen: Vom deutschen Halbtagschulsystem nach Hause entlassen, ist ihr Kind auf sich allein gestellt, den vormittags schnell durchgepaukten neuen Lernstoff zu verarbeiten. Mehr noch: Selbst wenn diese Mutter anwesend wäre, weiß sie: Sie könnte ihrem Kind nicht ausreichend helfen.

Mehr noch als Zeit und Geld braucht es in Deutschlands Elternhäusern das, was der französische Soziologe Pierre Bourdieu einmal mit „Kulturkapital“ umschrieben hat: Die von Eltern verinnerlichte Erfahrung, dass Bildung ein Stück Lebensqualität ist – und die deshalb mehr unbewusst als bewusst, sich in zahlreichen alltäglichen Bildungsgelegenheiten äußernd, auf die junge Generation übertragen wird.

Die Putzfrau weiß, dass sie genau dies nicht leisten kann. Doch deshalb das Elternwahlrecht aufzugeben und die Lehrerschaft entscheiden zu lassen, wäre zu kurz gesprungen. Das Ziel muss doch sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die der Putzfrau das Zutrauen verschaffen, dass ihr Kind mit seinen Begabungen im Schulsystem gut aufgehoben ist.

Was zu tun ist, um den Bildungserfolg der Kinder wirklich vom Elternhaus zu entkop-

peln, auf diese Frage hat die Bildungsforschung längst plausible Antworten gegeben. Wir brauchen mehr Geld für das insgesamt im internationalen Vergleich unterfinanzierte deutsche Schulsystem: Gemessen an der Wirtschaftskraft gibt Deutschland weniger für Bildung aus als der OECD-Durchschnitt.

Zweitens sind in der Tat auch strukturelle Reformen angezeigt, allerdings an anderer Stelle, als sie in den letzten zwei Jahren in Hamburg im Zusammenhang mit der Schulreform diskutiert wurden: Wir müssen insgesamt mehr finanzielle Ressourcen in die individuelle Förderung lenken – in fachlich und pädagogisch hoch qualifizierte Lehrkräfte, aber auch in Sozialpädagogen und Psychologen, um insbesondere Schulen mit schwierigem Einzugsgebiet zu helfen. Finnland macht vor, dass dies ein Erfolg versprechender Weg ist. Weiterhin brauchen wir mehr Ganztagschulen, um genügend zeitliche Räume für gesundes Lernen zu schaffen.

Wenn dann Schülerinnen und Schüler die Erfahrung machen, dass das Abitur auch ohne elterliche Unterstützung zu schaffen ist, trauen sich diese jungen Menschen vermutlich auch eher ein Hochschulstudium zu – hier sind positive Spill-Over-Effekte zu erwarten, die das Problem der sozialen Selektivität der Bildungsprozesse in Deutschland insgesamt mindern dürften.

Die grundlegende Einsicht aller Reformüberlegungen muss lauten: Die Schwachen werden nicht stärker, indem die Starken geschwächt werden. Statt um die Gleichschaltung von Bildungsinhalten muss es um Vereinheitlichung von Startchancen gehen. Sind diese gegeben, ist die Vielfalt der Bildungsergebnisse nicht nur hinzunehmen, sondern geradezu erwünscht: Leistung soll und muss sich lohnen, auch das ist eine Form der Gerechtigkeit und überdies unabdingbar für dauerhaften Wohlstand im Hochlohnland Deutschland.

¹Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.) (2009): *Ergebnisse der Bundeserhebung an staatlichen und nicht staatlichen Schulen in Hamburg. Schuljahr 2009/10*, S. 15.

²Wilfried Bos im Interview mit SPIEGEL ONLINE vom 17.12.2008.

³Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2010): *Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel*, S. 119.